

KOMMENTAR

Im Brunnen
fischen

Von
Friederike Tinnappel

Faszination Wasser. Frankfurt hat den Main, die Schwimmbäder und Weiher – und 150 Brunnen. Sie sind Quellen der Erfrischung, ihr Plätschern und Rauschen beruhigt den vom Verkehrslärm geplagten Passanten. Die meisten von ihnen sind eine Augenweide.

Um so schlimmer, dass sie vollgemüllt werden. Vor allem die Brunnen in der Innenstadt werden oft mit einer Mülltonne verwechselt. Aber auch im Obelisk-Brunnen in Bockenheim schwimmen weiße Plastikbecher.

Früher dienten Brunnen der Trinkwasserversorgung, wurden bei Bränden zum Löschen gebraucht. Unsere Brunnen heute sollen architektonische Akzente setzen, vor allem aber auch das Wohlbefinden des Großstadt-Menschen fördern. Es sind Brunnen, die – streng genommen – keiner braucht, über die sich aber alle freuen.

Deshalb ran an die Bouletten, Frankfurter, tut etwas für Eure Brunnen, kümmert Euch. Greift die Idee des Kulturarabes von den Brunnen-Patenschaften auf oder guckt einfach mal um die Ecke, ob es da einen Brunnen gibt, um den man sich kümmern kann. Zum Beispiel, indem man selbst den Dreck rausfischt.



LEITARTIKEL

Höchst muss sich entwickeln

JUTTA OCHS



*Soll aus dem Höchster
Gefängnis ein Hotel werden,
für die „Rast im Knast“?*

*Die Debatte
um das künftige Geisterhaus
hat noch gar nicht begonnen*

In anderen Städten im In- und Ausland ist man in einer ähnlichen Situation wie im Frankfurter Westen: ein altes Gefängnis wie das Höchster wird geschlossen, die Zukunft der meist großen, zentral liegenden Gebäude und Areale ist völlig ungewiss. Manche haben sich zu recht ungewöhnlichen Lösungen entschlossen. Aus der Justizvollzugsanstalt wird ein Hotel, der Gast nächtigt in der (renovierten) Zelle, auf der Speisekarte steht die Henkersmahlzeit. In Rheinland-Pfalz und Thüringen, in der Schweiz und Schweden gibt es diese sogenannte Rast im Knast. Manche finden das originell, andere geschmacklos.

Wie auch immer eine solche Idee zu bewerten wäre: In Frankfurt hat die Debatte über die Zukunft des Gebäudekomplexes im Westen der Stadt noch gar nicht begonnen. Der schriftlichen Stellungnahme des hessischen Justizministers zur Zukunft der Haftanstalt ist zwischen den Zeilen zu entnehmen, dass keinerlei Handlungsdruck empfunden wird, obgleich von Anfang des Jahres 2011 an dort ein Geisterhaus stehen wird. Die Interessen des Landes sind nicht unbedingt

identisch mit denen der Stadt. Das Land mit seinem gewaltigen Schuldenberg, genauer gesagt das Hessische Immobilienmanagement, wird in aller Seelenruhe abwarten, bis derjenige mit dem meisten Geld kommt.

Im Interesse der Stadt ist es, keine lange vergammelnde Branche mitten im Wohngebiet zu haben. Die attraktivste Idee wäre gewiss, Wohnungsbau auf diesem Areal zu betreiben. Der Westen der Stadt, der durch den Industriepark Höchst eingezwängt ist, braucht dringend

Erweiterungsmöglichkeiten.

Nahe des Höchster Stadtparks, auf dem ehemaligen Gelände von Möbel City Wesner, kann er sich zwar bereits ein wenig ausdehnen, das reicht aber längst nicht an Entfaltungsmöglichkeit. Einige Experten gehen davon aus, dass nach dem Ostend das Gallus und Höchst die Stadtteile mit dem größten Entwicklungspotenzial in näherer Zukunft sind. Das Gallus in erster Linie wegen seiner Innestadtnähe, Höchst wegen seiner Nähe zum Flughafen, ohne dass der Fluglärm quält, und wegen seiner Mittellage zwischen Vordertaunus und City mit großem eigenen Kulturangebot.

Seit dem Verlust des einstigen Kreisstadtstatus' Mitte der 80er, seit dem Ende der Hoechst AG ringt Höchst um seine Bedeutung. So gefällt es manchem gar nicht, dass der Westen sein Gefängnis verliert. In gewisser Weise gibt es aber Ersatz. Das Haus des Jugendrechts wird seinen Standort in Höchst haben. Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe werden sich konzentriert mit straffälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen befassen. In Höchst aber wird dann keiner mehr in die Zelle gesteckt. R8

KOMMENTAR

Patienten sollen
sich wehren

Von
Jutta Rippegather

Hautkrebs nimmt zu. Wird er früh entdeckt, sind die Heilungschancen gut. Vor diesem Hintergrund hat Berlin vor zwei Jahren grünes Licht für die Vorsorge auf Krankenschein gegeben. Doch in Südhessen boykottieren viele niedergelassene Dermatologen das niederschwellige Angebot. Ihr Argument: Das ist Vorsorge light, da machen wir nicht mit.

Wieder einmal wird der Streit ums Geld auf dem Rücken der Patienten ausgetragen. Sie werden verunsichert, manche fühlen sich sogar ausgetrickst. Das Geld, mit dem sie die Privatrechnung bezahlen, sehen sie in den seltensten Fällen komplett wieder. Was nutzt die schönste Regelung, wenn sie unterlaufen wird?

Es ist nicht das erste Mal, dass niedergelassene Ärzte Patienten mit dem Argument zur Kasse bitten, dass sie sonst eine Behandlung zweiter Klasse bekommen. Mancher hessische Gynäkologe gehört auch zu dieser Spezies. Verlangt für die pure Vorsorgeuntersuchung zehn Euro Praxisgebühr, obwohl dies gesetzlich nicht vorgesehen ist.

Solche Griffe in ihr Portemonnaie sollten sich die Patienten nicht gefallen lassen. Es gibt Alternativen: die andere Arztpraxis um die Ecke.

LESERBRIEFE

PPP verschleiert
die Verhältnisse

Zu: „Sporthalle sprengt Koalition“, FR vom 24./25. Juli

Wie heißt das, wenn ein Bürgermeister einerseits vollmundig versichert, dass er selbstverständlich eine hocheffiziente Leistungsverwaltung dirigiert, andererseits aber seine Fachleute im Bauamt für zu doof hält, ein Standardprojekt wie eine Sporthalle zu bauen und zu betreiben? Das nennt man öffentlich-private Partnerschaft oder – fragwürdig und klangvoll – Public-Private-Partnership (PPP).

Dieses Geschäftsmodell baut auf einem gewollten Missverständnis auf: der Behauptung, dass sozusagen gottgegeben die Privaten alles besser können als die öffentliche Hand. Die Apologeten dieser Lehre ignorieren, dass betriebswirtschaftliche Organisations- und Finanzierungsformen auch in die Kommunalverwaltung eingezogen sind. Ein Bürgermeister, der behauptet, Private seien per se besser, hat seinen Laden nicht im Griff.

Man braucht nur ein wenig am schönen Schein zu kratzen, und schon tritt der wahre Kern des PPP-Geschäfts zu tage. Es handelt sich um eine verkappte Kreditfinanzierung. Verschleiert wird die Chose durch Verträge, die dem Investor den Gewinn und der Kommune das Risiko garantieren.

Hartmut Blinten, Rodgau

Das Vorurteil
sitzt noch tief

Christopher Street Day in Frankfurt, FR vom 17. und 19. Juli

Einmal im Jahr in der Mehrheit sein. Das ist Balsam für die Seele. Die meisten Schwulen und Lesben wännen sich gleichberechtigt im Jahre 2010. Die Mehrheit lässt sich blenden von der oberflächlichen Stimmung des Leben und Leben Lassens und verdrängt heute mehr denn je, dass von voller Akzeptanz keine Rede sein kann. Ich denke heute noch gerne an mein Glücksgefühl in der Christopher Street in New York im Jahre 1974. Zum ersten Mal war ich in

der Mehrheit. Das hat mir Kraft gegeben für mein schwulenbewegtes Leben.

CSD 2010 auf der Konstabler Wache in Frankfurt. Eine große Party. Aber eben nicht nur. Alle die mitfeiern wollen sind willkommen. Und das ist gut so. Eine Feier der Vielfalt. Wir freuen uns in der weltoffenen Stadt Frankfurt zu leben und über die guten Wünsche unserer Bürgermeisterin und des Sozialministers.

Gott sei Dank wurde über das Gedenken an die an AIDS Verstorbenen Samstags auf dem CSD berichtet. Warum aber waren dem Journalisten der AIDS-Gottesdienst im Dom am Sonntag und die große Spendensammlung für

die Arbeit der AHF für Menschen mit HIV und AIDS keine Zeile wert? Warum hat er die anderen Botschaften auf der Demo und der Info-Zeile mit keinem Wort erwähnt?

Viele Schwule und Lesben wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Zu tief sitzt das Vorurteil des Makels der Minderheit nicht nur in der Mehrheitsgesellschaft. Diskriminierung und Tabu der gleichgeschlechtlichen Liebe hat sich tief in das gesellschaftliche Gedächtnis eingegraben. Davon zeugt nicht nur die ewig gestrige Haltung der katholischen Kirche, deren Verdammung der Sexualität und der Homosexualität im Besonderen eine lange und traurige

Tradition hat. Unsere Antwort darauf war „Gays are welcome. Wie im Himmel so auf Erden“.

Hans-Peter Hoogen, Frankfurt

Nach wie vor
politisch wichtig

Wir können von Glück reden, dass in unserer Stadt für Ihren Autor und manchen Besucher der CSD wie eine „astreine Party“ wirkt. In Warschau z.B. wurden die Demonstranten von Rechtsradikalen und ultrakonservativen Gruppierungen mit faulen Eiern beworfen. Wir wundern uns jedoch, dass die politischen Botschaften auf der Parade übersehen wurden, wie beispielsweise unser Transparent „Gays are welcome. Wie im Himmel so auf Erden!“, mit dem wir als Bischof und Engel verkleidet mit einigen Freunden unterwegs waren. Und die vielen, vielen Menschen am Straßenrand hießen uns und den ganzen bunten Zug mit seinen vielfältigen Botschaften willkommen. Neben der Aidshilfe und dem spanischen Pavillon, die in Ihrem Artikel erwähnt wurden, waren in der großen Friedberger Straße noch eine Vielfalt von Kultur- und Sportvereinen das ganze Wochenende vertreten. Ihr Redakteur hat offenbar nicht nur die Parade übersehen. Der CSD als Gesamtaktion ist nach wie vor ein sehr wichtiges „politisch astreines“ Fest, nicht nur in Warschau.

Joachim Neethen, Frankfurt



Politisch wichtig, der Christopher Street Day.

THOMAS LOHNES/DDP